



PRESSEMELDUNG



DGB zum Kieler Wirtschaftsbericht 2018/19

wesentliche Leerstellen – manches ist geradezu absurd!



25. Okt 2018

Die Kieler Gewerkschaften haben den Wirtschaftsbericht der Landeshauptstadt Kiel zur Kenntnis genommen, für sie nimmt der Vorsitzender des DGB Kiel Region, Frank Hornschu, Stellung:

„Auf den ersten Blick scheinen die Zahlen des aktuellen Kieler Wirtschaftsberichts erfreulich zu sein. Und dennoch: viele Menschen sind nach wie vor von guten Arbeits- und Einkommensbedingungen weit entfernt und können von der Erwerbsarbeit kaum leben, sie sind immer noch auf öffentliche Unterstützung angewiesen. Diese öffentlichen Transferleistungen stellen eine verdeckte Subventionierung der Unternehmen dar, die die so wertvolle Tätigkeit der Beschäftigten entwerten und sie verzerren somit einen fairen Wettbewerb. Knapp 34.000 Kieler*innen und rund 9.000 Kinder sind auf diese Transferleistungen aus Steuermitteln angewiesen. Im neunten Jahr der guten konjunkturellen Entwicklung wurden hier viele Chancen vertan. Die Anstrengungen müssen folglich intensiviert werden, um die Loyalität der Kieler*innen zur Politik und Wirtschaft nicht länger zu überstrapazieren.

Die Kieler Gewerkschaften vermissen im Wirtschaftsbericht eine angemessene Würdigung der herausragenden Leistungen, der enormen Qualitäten und der exzellenten Innovationen, die die Beschäftigten tagtäglich, manche rund-um-die-Uhr - bei enorm angestiegener Arbeitsverdichtung und wachsendem Erledigungsdruck -, erbringen. Denn die Beschäftigten schaffen letztlich und tatsächlich die Werte. Sie sorgen für die große Dynamik, durch sie sind letztlich auch die Investitionen erst möglich.

Die vom DGB initiierten Dialoge, der *Industriepolitische Dialog* und die *Kieler Kommission für Berufsbildung, Beschäftigung und Wirtschaft* (findet wiederholt keine Erwähnung, obwohl die Ratsversammlung diese einstimmig und fraktionsübergreifend im Jan. 2017 beschlossen hat), bieten die einmaligen Chancen die Attraktivität von Kiel hin zu fairen, sicheren und guten Beschäftigungsverhältnissen für alle Menschen und hin zum innovativen Industriestandort gemeinwohlorientiert weiterzuentwickeln. Gerade das produzierende und industrielle Gewerbe bietet den Absolvent*innen der Regionalen Bildungszentren und der Hochschulen zukunftsfähige



ge und gut bezahlte Jobs. Und auch hier fehlt den Kieler Gewerkschaften eine adäquate Darstellung der zur Verfügung stehenden kommunalen und interkommunalen Gewerbeflächen. Denn ein Arbeitsplatz in der gewerblichen Produktion zieht zwischen zwei bis vier Arbeitsplätzen im Dienstleistungs- und Logistikbereich nach sich. Hier ist mehr Mut und mehr Offensive gefordert.

Dem Auseinanderdriften der Kieler Stadtgesellschaft muss konsequentes und mit allem Nachdruck begegnet werden und zwar auch strukturell. D.h. konkret, dass es zum Beispiel beim digitalen Aus- und Aufbau von Smart City nicht regellos zu gehen kann. Die Stadt ist mit dem Land und dem Bund in der Verpflichtung und in der Verantwortung den sozialen Zusammenhalt und die soziale Teilhabe für alle Menschen zu garantieren. Letztlich muss auch die digitale Technologie dem Menschen dienen, das Organisieren von Zuversicht und Perspektive ist hier ohne Option. Die internetbasierte Plattformökonomie und die Start-ups haben sich dem Gemeinwesen und dem Gemeinwohl unterzuordnen. Die Strategien, Konzepte und öffentlichen Förderungen müssen entsprechend ausgerichtet sein. Es darf nicht zu Privatisierung durch die Hintertür kommen. Die Bürger*innen von Kiel und die Ratsversammlung dürfen nicht ausgeschlossen werden. Die Kooperation aus SPD, Grüne und FDP hat den gemeinwohlorientierten digitalen Ausbau in Kiel in ihrer Vereinbarung festgehalten. Wenn allerdings, wie angedacht, bspw. das digitale Netz allein in privater Hand ist, hat die kommunale Politik, haben die Bürger*innen von Kiel kaum bis gar keine Einflussmöglichkeiten. Das demokratische Öffentlichkeitsprinzip und die demokratischen Legitimationsketten dürfen nicht weiter zerrissen werden.

Neben eine für die Beschäftigten verlässlichen und berechenbaren Arbeitswelt, einer Erwerbsarbeit von der man tatsächlich leben kann, sind selbstverständlich die anderen Rahmenbedingungen in der Stadt von entscheidender Bedeutung: Es fehlt bezahlbarer Wohnraum. Der Beschluss, wieder eine eigene kommunale Wohnungsgesellschaft gründen zu wollen, muss jetzt zügig mit Leben gefüllt werden. Bezahlbarer Wohnraum wird zum entscheidenden Standortfaktor und trägt entscheidend zur wirtschaftlichen Entwicklungsperspektive in Kiel bei.

Und auch die zahlreichen Fragen der Mobilität müssen endlich zielstrebig angefasst werden. Die Verunsicherung ist durch den Dieselskandal enorm – die Politik muss hier insgesamt ohne zeitlichen Verzug für eine verlässliche Perspektive sorgen.

Absurd wird der aktuelle Wirtschaftsbericht der Landeshauptstadt Kiel auf Seite 5 mit der bildlichen Darstellung „1918: Demonstration des Verbands aktiver Unteroffiziere der Reichsmarine ...“ hier müssen sich die Autor*innen fragen lassen: Was das soll? Wie lässt sich dies mit den Ereignissen von vor 100 Jahren im November 1918, auf dem Weg hin zum Frieden, zur Freiheit, zum allgemeinen und geheimen Wahlrecht für alle Menschen, zum Frauenwahlrecht, zur Demokratie, in Einklang bringen? Wollen die Autor*innen ernsthaft mit dieser Art der Darstellung eine Form der Verherrlichung des im Grunde menschenverachtenden Systems der Offizierskaste und der Aristokratie herbeisehen? Der DGB findet das echt peinlich!“